Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

41 (18.2.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 41 — Donnerstag, den 18. Februar 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Im Völkerbundsrat wurde ein neuer Appell an Japan gerichtet, zur friedlichen Beilegung des Konfliktes.

•

Die deutschen Abrüstungsvorschläge wurden Mittwochabend dem Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz überreicht.

•

Im badischen Landtag kam es zu Tätlichkeiten zwischen nationalsozialistischen und Zentrumsabgeordneten, weil der Zentrumsabgeordnete Hilbert Adolf Hitler als einen österreichischen Deserteur bezeichnete.

•

Auf der Abrüstungskonferenz sprachen heute die Vertreter von Finnland, Rumänien, Estland, Uruguay und Oesterreich. Der Vertreter Oesterreichs wandte sich gegen die Ungleichheit von Recht und Sicherheit, die über Oesterreich verhängt ist.

•

Der französische Minister Tardieu ist am Mittwoch nach Paris zurückgekehrt.

•

Unter der Ueberschrift „Zur Volkswahl Hindenburgs" erläßt der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei einen Aufruf zur Wiederwahl Hindenburgs

•

Die Kommunisten haben im Reichstag einen Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett und einen besonderen gegen Minister Groener eingebracht.

•

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hielt am Mittwoch eine Sitzung ab. Entschlüsse zur Präsidentenwahl wurden nicht gefaßt. Die weiteren Entscheidungen in der Reichspräsidentenfrage wurden in die Hand von Dr. Hugenberg gelegt.

•

Am Mittwoch wurde General Justo auf einer gemeinsamen Sitzung von Senat und Kammer zum Präsidenten der argentinischen Republik gewählt.

•

Von unterrichteter parlamentarischer Seite wird in Paris erklärt, daß Staatspräsident Doumer die Absicht habe, eine Regierung zusammenzustellen, in der Laval das Innenministerium, Tardieu das Kriegsministerium und Paul Boncour das Außenministerium übernehmen sollten. Doumer hatte am Mittwoch abend eine ausführliche telephonische Rücksprache mit Paul Boncour. Man hält es für sehr wahrscheinlich, daß er noch im Laufe des Donnerstag nach Paris berufen wird.

Die Abrüstungsaussprache

Genf, 17. Febr. In der Abrüstungskonferenz gaben die Vertreter **Finnlands** und **Rumäniens** programmatische Erklärungen ab. Der finnische Außenminister Baron **Prjö-Koskinen** entwickelte den Gedanken, daß der Grundsatz „Friede durch Recht". Friede durch eine internationale Organisation bedeute.

Der **rumänische Außenminister Gika** stellte in Uebereinstimmung mit der polnischen Auffassung die moralische Abrüstung und die Verstärkung der Sicherheit in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Ferner trat er für eine wirtschaftliche Entspannung durch Verzicht auf das System der zweiseitigen Handelsverträge ein, das nur zu neuen Konflikten führen könnte. Zum Schluß erklärte der Minister, daß die Rüstungen Rumäniens den Anforderungen seiner Sicherheit nicht entsprächen.

Der **Vertreter Oesterreichs**, Gesandter **Pflügel**, erklärte, daß Oesterreich alle Anregungen für eine wirksame und **möglichst weitgehende Herabsetzung des Rüstungsstandes begrüße**; er müsse aber fragen, ob dieses Ziel, das auch eine wirtschaftliche Befriedigung und Erleichterung in sich schließe, erreicht werden könne, wenn für Oesterreich die **Ungleichheit von Recht und Sicherheit** bestehen bleibt, die über das Land verhängt ist. **Dieser Zustand sei auf die Dauer für kein Volk erträglich.** Gesandter Pflügel hob das Mißverhältnis hervor, das zwischen den gegen Oesterreich ergriffenen Maßnahmen und Oesterreichs Bestrebungen, Mitteln und Bedürfnisse bestehen, und erklärte zum Schluß, daß die erste Konvention über die Begrenzung der Rüstungen, die von Oesterreich als vollkommen gleichberechtigtem Partner unterzeichnet würde, der erste Schritt zum organisierten Frieden sein könnte.

Der Vertreter **Uruguays**, der Gesandte in Berlin, **Pedro Costa**, erklärte, die Hauptursache der Schwierigkeiten ist in der fatalen Tatsache zu erblicken, daß der Geisteszustand, der Ende des Jahres 1918 in Europa vorherrschte, das Verlangen aufkommen ließ, in den Friedensverträgen gewisse Bestimmungen zu verewigen, die ein sehr erheblicher Teil der öffentlichen Meinung in Europa ablehnte. Wenn es nicht gelinge, gewisse große Ursachen für die Unzufriedenheit zu beseitigen, würde es sehr schwer sein, zu endgültigen und dauerhaften Lösungen zu kommen. Diejenigen, die die These Sicherheit vor Abrüstung vertreten, müßten für diese Gedankengänge Verständnis haben.

Als letzter Redner sprach der **Delegierte Estlands, General Laidoner**, der sich gleichfalls für die völlige Abschaffung der schweren Angriffswaffen einsetzte.

Die deutschen Abrüstungsvorschläge veröffentlicht

T.U. **Genf**, 18. Febr. Die deutschen Abrüstungsvorschläge sind heute veröffentlicht worden. Deutschland schlägt u. a. die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Einführung von Milizheeren, die Begrenzung der Polizei, die Abschaffung der schweren Artillerie, von Kriegsschiffen über 10 000 Tonnen, aller Luftstreitkräfte vor. Weiter soll der chemische Krieg verboten werden und eine Offenlegung aller Rüstungen erfolgen.

Die Sitzung des memelländischen Landtags

T.U. **Memel**, 18. Febr. In der Sitzung des memelländischen Landtages meldete sich, nachdem der Abgeordnete Kraus, der Fraktionsführer der Memelländischen Volkspartei, die im Namen der Mehrheitsparteien bereits gemeldete Protestentschließung eingebracht und begründet hatte, der bekannte großlitauische Abgeordnete Borchert zum Wort. Er vertrat die Auffassung, daß die Reise Böttchers nach Berlin eine Dienstreise mit Fühlungnahme mit amtlichen deutschen Stellen gemessen sei. Die Erklärungen des Staatssekretärs von Bülow in Genf seien als deutsche Provokation zu betrachten. Deutschland treibe Litauen gegenüber keine offene Politik. Der Fraktionsführer der memelländischen Sozialdemokraten Panas betonte anschließend, daß die Ereignisse der letzten Wochen sowohl für Litauen als auch für das Memelgebiet unerwünscht seien. Weder aus politischen, noch aus wirtschaftlichen Gründen habe die Notwendigkeit zu diesen Eingriffen vorgelegen. Sollte Böttcher schuldig sein, dann hätte es genügt, das Gericht anzurufen. Die gewaltsame Beseitigung Böttchers musse als ungesetzliche Handlung bezeichnet werden. Der kommunistische Abgeordnete Surau bedauert, daß der Landtag nicht sofort nach der Absetzung Böttchers zusammengetreten sei, denn es handele sich um die Heiligkeit der Autonomie. Die kommunistischen Abgeordneten würden in der kommenden Sitzung eine Volksabstimmung beantragen. Nach weiteren kurzen Ausführungen der Abgeordneten Borchert, Kraus und Meyer erfolgte Abstimmung, die das bekannte Ergebnis brachte. Der Zuschauerraum des Sitzungssaales war überfüllt.

Scharfe Protestentschließung des Memelländischen Landtages.

T.U. **Memel**, 17. Febr. Mit 23 Stimmen der Volkspartei, Landwirtschaftspartei, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 4 Stimmen der litauischen Abgeordneten nahm der Memelländische Landtag folgende Protestentschließung an:

„Der Memelländische Landtag erhebt nachdrücklich und feierlich Protest gegen die seit dem 6. Februar ds. Js. vorgenommenen Eingriffe des Gouverneurs in die autonomen Rechte des Memelgebietes, die augenblicklich Gegenstand der Beratungen des Völkerbundes bilden. Der Präsident des Direktoriums, Böttcher, und Landesdirektor Podzus sind auch heute noch interniert und Landesdirektor Szigaus ist durch Androhung von Gewaltmaßnahmen an der Fortführung der Geschäfte gehindert worden. Der Gouverneur hat mit der einstweiligen Führung der Präsidialgeschäfte den Landesrat Tolischus beauftragt, der wiederum zwei Beamte des Direktoriums zur Wahrnehmung der Geschäfte des Landesdirektors bestimmt hat, eine Regelung, die weder den Gesetzen entspricht, noch die Billigung des Landtages erhalten hat. Der Landtag des Memelgebietes fordert sofortige Aufhebung aller Gewaltmaßnahmen und die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes."

*

Der Verfassungsausschuß des preußischen Landtages gegen den litauischen Rechtsbruch.

T.U. **Berlin**, 17. Febr. Der Verfassungsausschuß des Landtages nahm am Mittwoch abend nach kurzer Aussprache den deutschnationalen Antrag an, der das Staatsministerium ersucht, sofort auf die Reichsregierung einzuwirken, alle nur möglichen Maßnahmen gegenüber der litauischen Regierung anzuordnen, um dem vergewaltigten Deutschtum im Memelland zu seinem Rechte zu verhelfen. Der Antrag wird am Donnerstag die Vollsitzung des Landtages beschäftigen.

*

Die Litauer verzögern die Ratsentscheidung.

T.U. **Genf**, 17. Febr. Der vom Völkerbundsrat eingesetzte Berichterstatter für die Memelfrage, der norwegische Gesandte Colban, setzte am Mittwoch gemeinsam mit den drei Kronjuristen die Beratungen über den Bericht an den Völkerbundsrat fort. Die ursprünglich für Donnerstag vorgesehene Sitzung des Völkerbundsrates mußte verschoben werden, da die Litauer Schwierigkeiten gemacht haben. Die Verhandlungen werden jetzt zusammen mit den beiden beteiligten Abordnungen fortgesetzt. Man nimmt jedoch an, daß die entscheidende Sitzung des Völkerbundsrates über die Memelfrage Ende der Woche stattfinden wird.

Hochwasserkatastrophe im Donaudelta

Budapest, 16. Febr. Wie aus Ismael gemeldet wird, hat sich im Donaudelta eine gewaltige Naturkatastrophe zugetragen. Infolge einer Wasserstauung auf dem Donauabschnitt bei Braila ist eine **gewaltige Flutwelle**, vermischt mit Eisschollen, auf die **niedrig gelegene Gemeinde Balcon** niedergegangen. Das Unglück geschah zur Nachtzeit, sodaß die Bevölkerung nur notdürftig bekleidet die Behausung verlassen und auf benachbarten Anwesen bei 3 Grad Kälte Zuflucht suchen mußte. **Mehr als 400 Personen sollen mit schweren Frostschäden in die Krankenhäuser eingeliefert worden sein.**

Appell des Zwölferrats an Japan

Genf, 17. Febr. In dem der japanischen Regierung übermittelten Appell des Zwölferrates heißt es u. a.: **Der Zwölferausschuß spricht den ernstlichen Wunsch aus, daß Japan eine versöhnliche und kluge Haltung einnehme angesichts der Tatsache, daß es Mitglied des Völkerbundes und ständiges Mitglied des Völkerbundsrates ist. Der Konflikt in Ostasien soll von der mit Zustimmung der beiden streitenden Parteien eingesetzten Kommission geprüft werden.** Der Schanghaier Zwischenfall ist jedoch nach der Bildung der Kommission eingetreten. Er droht, den ersprießlichen Verlauf der jetzt tagenden Abrüstungskonferenz zu gefährden. Dem Zwölferausschuß sind die Beschwerden Japans wohl bekannt. Er hat deshalb auf Japan, das in den letzten Monaten seine internationalen Verpflichtungen loyal gehalten hat, Vertrauen gesetzt. **Der Zwölferausschuß kann jedoch nur tiefes Bedauern darüber aussprechen, daß die japanische Regierung sich nicht in der Lage sieht, eine Methode der friedlichen Regelung innerhalb der Bestimmungen des Völkerbundspaktes anzunehmen.** Wir erwarten, daß Japan gegenüber der Weltöffentlichkeit nachweist, daß seine Aktion gerecht und maßvoll ist. Der Zwölferausschuß appelliert dringend an das Ehrgefühl Japans.

*

Die Aufnahme des Völkerbundsappells in Tokio

Tokio, 17. Febr. Der **Appell der Ratsmächte an Japan, der eine Beendigung der Feindseligkeiten in Schanghai fordert, hat in politischen, militärischen und journalistischen Kreisen eine heftige Erregung hervorgerufen, weil es nur an Japan gerichtet worden ist.** In diesen Kreisen wird die Ansicht vertreten, daß der Schritt des Völkerbundes lediglich auf das Betreiben Englands und Amerikas zurückzuführen sei und den erfolgreichen Versuch darstelle, den Völkerbund zu einem politischen Instrument einzelner Mitglieder oder einzelner Gruppen zu machen und ihn in den Dienst von Sonderinteressen zu stellen.

*

Japan erbittet Aufklärung

Genf, 17. Febr. Der japanische Delegierte hat an den Ratspräsidenten Paul Boncour mehrere Rückfragen wegen des gestrigen Appells des Zwölferrates gerichtet. Er fragte u. a., ob unter „Mäßigung" die **bedingungslose Zurückziehung der Truppen aus Schanghai zu verstehen sei**, worauf Paul Boncour erwiderte, es sei in erster Linie an die **Errichtung einer neutralen Zone und die Bereitschaft Japans zur friedlichen Regelung des Konfliktes gedacht.** Die Frage, warum der Appell nur an Japan und nicht auch an China gerichtet sei, beantwortete Paul Boncour dahin, daß Japan als Großmacht und ständiges Ratsmitglied größere Aktionsmöglichkeit und eine besondere Verantwortung habe.

*

Der Kampf um Schanghai

Ein japanisches Ultimatum

Tokio, 17. Febr. Die Regierung hat den Oberbefehlshaber der japanischen Truppen in Schanghai ermächtigt, in einem Ultimatum zu verlangen, daß die 19 chinesische Armee binnen einer bestimmten Frist bis 20 Kilometer von der Grenze der internationalen Konzession zurückgezogen wird. Der japanische Gesandte in China hat seiner Regierung mitgeteilt, daß man nach seiner Ansicht jede Hoffnung aufgeben müsse, die Chinesen zum freiwilligen Rückzug zu bewegen.

4 Tote und 14 Verletzte in der internationalen Zone

Schanghai, 17. Febr. Wie die Polizei mitteilt, **schlugen gestern abend 45 Granaten in die internationale Zone ein, wobei vier Personen getötet und 14 verwundet wurden.** Eines der verletzten englischen Besatzungsmitglieder des Dampfers „Suwio" ist seinen Verletzungen erlegen. Wie verlautet, werden wahrscheinlich die Japaner ihre militärischen Operationen bis zum Ende dieser Woche einstellen.

*

Hat China Einberufung der Völkerbundsversammlung beantragt? — Völlige Ratlosigkeit im Rat.

T.U. **Genf**, 17. Febr. Die Verhandlungen des Völkerbundsrates zur Beilegung des japanisch-chinesischen Streitfalles drohen in einen Zustand vollständiger Verwirrung zu geraten. Die 12 Ratsmächte sind am Mittwoch nachmittag erneut zusammen getreten. Sie haben schließlich als einzigen Ausweg den Entschluß gefaßt, einen juristischen Ausschuß einzusetzen, der die Frage prüfen soll, ob vom rechtlichen Standpunkt aus ein amtlicher Antrag der chinesischen Regierung zur Einberufung einer außerordentlichen Völkerbundsversammlung vorliege oder nicht. Die japanische Regierung hat gegen den eindeutigen Antrag, den die chinesische Regierung in der vorigen Woche dem Generalsekretär einreichte, rechtliche Bedenken geltend gemacht und die Behauptung aufgestellt, daß die chinesische Regierung die Fristen nicht gewahrt habe.

England und die Lage in Schanghai.

T.U. **London**, 18. Febr. Die Tötung zweier englischer Matrosen in Schanghai hat in London das allergrößte Aufsehen hervorgerufen. In Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß dieser Vorfall erneut den außerordentlichen Ernst der Lage in Schanghai illustriert, die aber gerade deswegen der kühlen Beurteilung bedürfe, da übereilte Schritte die Lage nur noch mehr verwickeln könne. Man rechnet damit, daß die Chinesen diesen Zwischenfall dazu benutzen werden, um auf eine Räumung der internationalen Niederlassung durch die Japaner zu drängen und zu erklären, daß sie keine Verantwortung für die Vorgänge übernehmen können, solange die Niederlassung von den Japanern als Basis für militärische Operationen benutzt wird. Irgendwelche Sondermaßnahmen sind in London noch nicht beschlossen worden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Japan droht mit dem Austritt.

T.U. **Tokio**, 17. Febr. Die Tageszeitungen brachten am Mittwoch Sonderausgaben heraus, in denen die Note des Völkerbundsrates an Japan wiedergegeben wurde. Obwohl die Note amtlich bisher noch in keiner Weise kommentiert wurde, so verlautet doch in maßgebenden Kreisen, daß jeder weitere Druck vonseiten des Völkerbundes zum Austritt Japans aus dem Völkerbund führen könne.

Am Mittwoch besuchten der englische und französische Botschafter den japanischen Außenminister Yoschisawa, um das japanische Ultimatum an die chinesischen Truppen in Schanghai zu besprechen.

Lavals Sturz

Ueber der Wahlrechtsreform

Das zweite Kabinett Laval ist vom Senat gestürzt worden. Es war kein Sturz im eigentlichen Sinne, sondern eine Aburteilung. Der Ministerpräsident schien gar nicht zu wagen, einen richtigen Kampf aufzunehmen, und es war ein trauriges Schauspiel, wie dieser Mann, der über ein Jahr lang Frankreich regiert hat, freiwillig darauf verzichtete, seine Politik vor dem Forum der größeren Oeffentlichkeit zu verteidigen und zu rechtfertigen. Laval, seiner Taktik des Hinauszögerns und Zeitgewinnens treu, ließ es nämlich gar nicht zur Debatte über die Interpellation des Senators Peyronnet kommen; er beantragte vielmehr Vertagung der Aussprache über die Wahlrechtsreform bis zum 26. Februar mit der Begründung, daß der deutsche Delegierte in Genf den französischen Abrüstungsplan angreifen und daß der französische Delegierte, Tardieu, diesen Angriff abzuschlagen haben werde. **Der Versuch des Ministerpräsidenten, hinter der französischen Delegation in Genf Deckung zu suchen und somit eine Frage der Außenpolitik, über die sich die große Mehrheit des Senats einig ist, zugunsten der Regierung auszuspielen, verstimmte den Senat noch mehr.** Denn dieses Vorgehen wurde von der Mehrheit des Hauses als ein Mangel an Aufrichtigkeit empfunden. Die Rufe: „Es ist eine Schande! Ein Skandal!" ertönten zur großen Ueberraschung der an einen vornehmeren Stil gewöhnten Senatsdiener. Die vom Ministerpräsidenten beantragte Vertagung wurde mit 155 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Daraufhin beantragte Laval eine Vertagung auf den 19. Februar und stellte dabei die Vertrauensfrage, wobei er mit 23 Stimmen in der Minderheit blieb.

Das zweite Kabinett Laval, das sich von dem ersten nur durch das Fehlen des verstorbenen Kriegsministers Maginot und durch das Ausscheiden des Außenministers Briand unterschieden hat, hat also nicht einmal vermocht, die kurze Zeit bis zu den Neuwahlen der Kammer zu überdauern. Das Kabinett ist nicht so sehr dem Ansturm der Opposition zum Opfer gefallen, es ist an seiner inneren Schwäche zusammengebrochen.

Der beispiellose Wirrwarr, den **die von der Rechten angestrebte Reform des Wahlrechts** in der Arbeit des Parlaments angerichtet hat, war der letzte Tropfen, der den Unmut des Senats zum Ueberfließen gebracht hat. Wenn der Senat so energisch gegen das Kabinett Laval vorgehen konnte, so ist der Hauptgrund dafür darin zu erblicken, daß die hohe Versammlung, den Pulsschlag der Meinung des Landes fühlend, die Mehrheit der Wähler hinter sich spürte. Der Senat ist also der Meinung, daß die Mehrheit der Kammer nicht mehr der Mehrheit des Landes entspricht.

Das französische Wahlrecht sollte mit einem Schlage dem englischen System der relativen Mehrheit angepaßt und die Stichwahl, wie sie beispielsweise in Deutschland bei der Reichspräsidentenwahl vorgesehen ist, abgeschafft werden. Wahlrechtsänderungen sind nun freilich in Frankreich nichts Seltenes. **Aber die jetzt von der Kammer beschlossene Aenderung hatte den allzu deutlichen Zweck, die herrschende Mehrheit der Rechten zu stabilisieren und die Wahlaussichten der Linken zu verschlechtern.** Außerdem beschloß die Kammer, den Frauen das Wahlrecht zu verleihen, eine Beschlußfassung von fast revolutionärer Tragweite. Die ganze Rechnung war indes ohne den Senat gemacht. Er begehrte auf, und dabei kam erschwerend für die Regierung hinzu, daß sie die Durchpeitschung der Wahlrechtsänderung in einer Nachtsitzung zugelassen hat. Die Linksmehrheit des Senats war gegen die Wahlrechtsreform der Rechtsmehrheit der Kammer.

Ministerpräsident Pierre Laval.

Eine Regierung der Konzentration?

Paris, 16. Febr. Im Senat hatte man den Eindruck, daß viele Senatoren, die gegen die Regierung gestimmt haben, dies weniger aus rein innerpolitischen Erwägungen getan haben, als deshalb, weil sie noch einmal versuchen wollten, eine Regierung weitestgehender Konzentration zu bilden.

Auch in der Kammer vertrat man die Ansicht, daß der Senat durch seine Stimmabgabe den Wunsch habe bekunden wollen, eine Annäherung zwischen den verschiedenen republikanischen Kammerfraktionen zu ermöglichen. Die Abgeordneten der bisherigen Mehrheitsparteien sollen nicht abgeneigt sein, sich an einer weitgehenden Konzentration zu beteiligen. Die Kammer hat sich auf unbestimmte Zeit vertagt.

*

150 französische Abgeordnete für ein Kabinett der nationalen Einigung

Paris, 16. Febr. Etwa 150 Abgeordnete der bisherigen Regierungsmehrheit haben eine Entschließung angenommen, in der sie mit Bedauern feststellen, **daß der Senat in dem Augenblick, in dem Frankreichs Interessen in Genf auf dem Spiele stünden, die Verantwortung übernommen habe, das Kabinett wegen einer formalen Frage zu stürzen.** Diese Abgeordneten betonen ihr Vertrauen nur einer Regierung schenken zu wollen, die die Politik der nationalen Einigung zu betreiben gedenke.

Pariser Blätter zum Sturze der Regierung

Paris, 17. Febr. Zum Sturz Lavals betont „Matin", es komme jetzt darauf an, wieder aufzubauen. Dieser Aufbau sei um so schwieriger, als die gestrigen Ereignisse die Kluft zwischen Senat und Kammer noch verbreitert hätten. Man würde gern die Rückkehr zu einer weitgehenden nationalen Einigung sehen an der sich auch die radikale Partei zu beteiligen hätte. Wenn aber die Verwirklichung eines derartigen Planes nicht möglich sein sollte, träten gewisse Kreise für ein Ministerium des Zentrums ein, also eine Art Minderheitskabinett, das auf die beiden Flügel verzichtet und sich damit begnügt, eine wohlwollende Neutralität zu verlangen im Austausch gegen unbedingte Unparteilichkeit während der Wahlperiode.

Im „Populaire" erklärt der sozialistische Abgeordnete Leon Blum, der Abg. Mandel habe dem Kabinett Laval den Todesstoß versetzt, und er werde auch der Mehrheit des nationalen Blocks den Todesstoß versetzen.

„Echo de Paris" geht davon aus, daß in zwei Monaten die Kammer zu wählen sein wird und jedes Ministerium, das gegen die Geschlossenheit der Kammer vorgehen sollte, zum Sturze kommen müßte.

„Petit Journal" tritt für die Beibehaltung Tardieus ein, die im Interesse der Kontinuität der in Genf eingeleiteten Politik notwendig sei.

„Ere Nouvelle" polemisiert gegen das Schlagwort von der „nationalen Einigung" und bezeichnet als den eigentlichen Zweck des Wahlgesetzes die Spaltung des Landes in zwei feindliche Lager. — „Figaro" betont, daß der Senat den Genfer Vertretern Frankreichs das Wort abgeschnitten habe.

*

Der Eindruck in England

London, 17. Febr. Die Blätter meinen, daß die Ministerkrise die französische Abrüstungspolitik nicht berühren, wohl aber die Genfer Verhandlungen wahrscheinlich verzögern wird.

Der Genfer Berichterstatter des **„Daily Telegraph"** glaubt, daß möglicherweise 10 bis 14 Tage vergehen könnten, bis die französische Vertretung neu gebildet sei.

Der Pariser Berichterstatter der **„Times"** betont, daß Laval dringender als auf die Genfer Konferenz auf Lausanne hätte hinweisen sollen. Man beginne in Frankreich jetzt erst, die entscheidende Wichtigkeit der dort zu fassenden Beschlüsse richtig zu schätzen, und es sei notwendig, das französische Volk die wahren Tatsachen sehen zu lassen. Die bis zu der Konferenz verfügbare Zeit sei aber sowieso viel zu kurz.

In einem Leitartikel sagt **„Times"**, die französische Opposition scheine zu hoffen, eine Auflösung des Parlaments und Neuwahlen erzwingen zu können, obwohl das in Frankreich nicht üblich sei; denn sie glaube, daß sie unter dem jetzigen Wahlsystem eine Mehrheit erhalten würde, wogegen die Regierungsparteien die Wahlen so spät wie möglich wünschten, um das Wahlsystem zu ihrem Vorteil zu ändern, und auch in der Hoffnung, daß ihre Aussicht auf einen Wahlsieg sich bessern würde, wenn die preußischen Landtagswahlen bereits stattgefunden hätten. Der erwartete Ruck zum Nationalsozialismus in Deutschland würde nach ihrer Meinung einen entsprechenden Ruck nach rechts in Frankreich zur Folge haben.

*

Vor einem Kabinett Paul Boncour?

T.U. **Paris**, 17. Febr. Die Kabinettskrise ist insofern besonders schwer, als sich zwei Mehrheiten gegenüberstehen. Diejenige, die im Senat das Kabinett stürzte und die Mehrheit in der Kammer, die die Kabinette Poincare, Tardieu und Laval unterstützte. Im Senat würde man eine Konzentrationsregierung unter Ausschluß der Sozialisten und der äußersten Rechten begrüßen. In der Kammer erscheint eine derartige Zusammensetzung jedoch unmöglich, da die Radikalsozialisten einer derartigen Zusammensetzung nach wie vor feindlich gegenüberstehen. Die einzige Lösung, die man im Augenblick für möglich hält, ist immer noch diejenige eines Kabinetts Paul Boncour, das in der Kammer aber auch nur unter der Beteiligung Tardieus lebensfähig erscheint. Hinter den Kulissen erklärt man jedoch, daß Tardieu selbst niemals in eine Regierung eintreten werde, in der nicht auch Laval den einen oder anderen Sitz inne hat.

Staatspräsident Doumer hat schon in den frühen Morgenstunden seine Beratungen aufgenommen und die Fraktionsführer der beiden Häuser empfangen. Aus den Erklärungen, die die Abgeordneten nach dem Verlassen des Elysees abgegeben haben, geht hervor, daß sich die große Mehrheit für ein Kabinett der nationalen Einigung ausgesprochen hat.

Revolte in der Erziehungsanstalt Strausberg

Strausberg, 17. Febr. Im brandenburgischen Landerziehungsheim Strausberg kam es in der letzten Nacht aus noch nicht geklärter Ursache zu einer Revolte der Insassen eines Schlafsaales. Die im Gartenhause untergebrachten Zöglinge, bei denen es sich um **besonders schwer erziehbare junge** Leute handelt, verbarrikadierten gegen Mitternacht die Tür zu ihrem Schlafsaal, demolierten die Möbel, schnitten die Strohsäcke auf und schichteten das Stroh zu einem Scheiterhaufen. Der Anstaltsdirektor versuchte vergeblich, auf die Zöglinge einzuwirken. Als zwei Polizeibeamte erschienen, **zerschlugen die Zöglinge die Fensterscheiben** und machten Miene, durch die Fenster die Flucht zu ergreifen. Es wurde ein Feuerwehrschlauch herbeigeholt und Wasser gegen die Fenster gegeben. Inzwischen war das Ueberfallkommando eingetroffen, das die Zöglinge durch **Schreckschüsse einschüchterte**, die Barrikaden beseitigte, 10 Rädelsführer verhaftete und ins Strausberger Polizeigefängnis einlieferte.

Arbeitsbeschaffungsplan der SPD

Rentenschuld statt Hauszinssteuer — Reichsanleihe

Berlin, 17. Febr. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat **zwei Gesetzentwürfe über Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaues** sowie über die Umgestaltung der Gebäudeentschuldungssteuer (Hauszinssteuer) im Reichstage eingebracht. Die beiden Gesetzentwürfe gehen davon aus, daß die Lage des Baumarktes sich außerordentlich verschlechtert hat und in den kommenden Monaten zur völligen Katastrophe zu führen droht, weil öffentliche Mittel für den Wohnungsbau nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Um solche öffentlichen Mittel trotz der Senkung der Hauszinssteuer um 20 Prozent freizumachen, fordert die Sozialdemokratie, daß **die Hauszinssteuer in eine öffentliche Rentenschuld umgewandelt werden soll.** Die Rentenschuld soll 20 Jahre laufen, ablösbar sein und den Kleinbesitz von sämtlicher Mehrbelastung freilassen. Ferner sehen die sozialdemokratischen Beschlüsse die Auflegung einer **Reichsanleihe für Arbeitsbeschaffung** vor. Durch diese Anleihe soll das in großem Umfange gehamsterte Bargeld hervorgelockt und der Wirtschaft nutzbar gemacht werden.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[34

Sie legte den blonden Kopf an seine Brust.

Er wühlte sein Gesicht in die duftenden Locken.

„Komm mit allem, was du nicht gleich verstehen kannst, zu mir, Elme. Versprich mir das heute", bat er leise.

„Es steht doch nichts mehr zwischen uns. Alles ist geklärt. Schatten können nicht mehr kommen; wir haben uns lieb, und kein Dritter hat Anteil daran", sagte sie schlicht.

Er deckte ihre kleine, weiße Hand über seine Augen.

„Kleines, süßes Mädel, warum erst noch die Trennung? Wenn du doch gleich heute mit mir nach Rheinsbergh gehen könntest!"

Sie schwieg. Doch das Zittern ihres Körpers verriet ihm, wie seine Worte sie packten.

„Siehst du, jetzt fürchtest du dich. Aber ich habe dich so unsinnig lieb, Elme, daß mir jede Minute leid tut, die ich noch von dir getrennt bin", sagte er, so ruhig es ihm möglich war.

„Ich werde mich auch nach dir sehnen. Aber Tante meint, die Trennung sei ganz gut", sagte Elme.

Er bog ihren Kopf zurück.

„Sagt Tante das? Nun, so wird sie bestimmt recht haben."

Er küßte sie abermals innig.

„Noch ein paar Minuten, Elme, dann kommen die Gäste. Und dann darf ich dich die ganze Zeit über nicht küssen. Wie ich das aushalten soll, weiß ich noch nicht", sagte er und sah ihr voll leidenschaftlicher Liebe in die Augen.

Sie faßte plötzlich, wie von einer geheimen Angst erfüllt, seine Hand:

„Wirst du mich immer lieb haben können, Dietrich? Wenn ich dir nun eines Tages nicht mehr genüge? Wenn irgendeine schöne Frau käme, die dir besser gefällt?"

Der Griff, mit dem er ihr Handgelenk umfaßte, war schmerzhaft.

„Ich werde niemals eine andere Frau lieben als dich, Elme. Ich schwöre es dir!"

Da senkte Elme den blonden Kopf und drückte ihre weichen Lippen auf seine braune, schön geformte Hand.

* * *

Die Gäste kamen, und bald erfüllte fröhliches Lachen und Plaudern die vornehmen Räume im Hause der Geheimrätin von Löwenried. Dietrich von Rheinsbergh besaß außer den Löwenrieds nur noch einen einzigen Verwandten. Der war nun auch aus Ostpreußen gekommen, um der Verlobung beizuwohnen. Ernst von Rheinsbergh, Minister außer Dienst, klemmte das Einglas ein und musterte begeistert Elmes Schönheit. Er klopfte seinem Neffen auf die Schulter:

„Tatsächlich, so schöne Mädels gibt es bei euch? Kann ich dir nicht verdenken, daß du da dein schönes Junggesellendasein zu opfern bereit bist. Hm, so was Schönes hab' ich lange nicht gesehen."

„Ich freue mich, daß dir meine Braut gefällt", sagte Dietrich von Rheinsbergh.

„Ja, und nun könnte ich mich ohrfeigen, daß ich nur so eine einfache Halskette mitgebracht habe. Brillanten gehören zu deiner Braut. Nicht übersät, bewahre, aber so ganz raffiniert, daß es den Herren schwarz wird vor den Augen. Ich schenke ihr bestimmt noch das wundervolle Kollier, das sich noch in meinem Besitz befindet und das von der Ahnfrau Marie Christine stammt. Es ist von ungeheurem Wert."

„Ich danke dir, Onkel Ernst. Doch ich dulde nicht, daß meine Frau den Schmuck der Königsgeliebten trägt."

„Hm! Na, so was! Soll denn der Schmuck unbenutzt bleiben?"

Dietrich von Rheinsbergh sah zu seiner jungen Braut hinüber, und der Blick seiner Augen war dunkel. Der ältere Rheinsbergh räusperte sich.

„Nimm's nicht übel, Dietrich! Es war gut gemeint. Freilich, wenn du dich an diese längst vergessene Geschichte stößt, dann mag das selten schöne Kollier im Kasten verbleiben. Erben werdet ihr es ja doch einmal."

„Ich danke dir, Onkel Ernst. Doch — Elme ist mir etwas so Heiliges, daß ich es nicht ertragen würde, wenn der Schmuck jener Frau sie auch nur berührte."

Exzellenz putzte das Einglas und dachte, daß es mit so einer Liebe, wie Dietrich sie fühlte, etwas ganz Eigenes sei. Das hatte er selbst nie kennengelernt. Schade! Na, nun war man eben alt, und alles Versäumte war unwiederbringlich verloren. Der Dietrich war aber auch ein schöner Kerl. Und wie jung er noch aussah! Wahrhaftig, man konnte es der kleinen Elme nicht verdenken, daß ihre junge Liebe auf ihn gefallen war.

* * *

Es wurde viel gelacht. Launige Trinksprüche wechselten einander ab. Aber Elmes Augen suchten scheu-zärtlich immer wieder den Verlobten. Was war ihr alles? Sie wußte doch nur, daß er sie liebte, daß sie sein eigen wurde, alles andere war ja so gleichgültig.

Als die Gäste das Haus verlassen hatten, standen Elme und Rheinsbergh noch unter der schützenden Palme, während Frau von Löwenried mit dem Onkel Rheinsbergh im Nebenzimmer sprach, um den beiden noch eine ungestörte Viertelstunde zu verschaffen.

Die Töchter Frau von Löwenrieds hatten sich schon zurückgezogen, denn es gab noch wahnsinnig viel zu erzählen. Sie hatten sich beide seit Wochen verliebt, und da die Auserwählten Freunde waren, blieb man auch weiterhin hübsch beisammen. Nun lachten und schwatzten die beiden jungen Damen vergnügt.

* * *

„Elme, wirst du mir oft schreiben?"

„Jeden Tag, Dietrich."

„Ja? Ich danke dir, Liebling. Eigentlich ist es aber schade, daß du so viele Briefe schreiben sollst. Du kannst dich in Zoppot wirklich besser amüsieren."

Groß und wahr blickten ihre Augen in die seinen.

„Ich bliebe viel lieber hier, und ich weiß nicht, wie ich die Trennung ertragen werde."

(Fortsetzung folgt.)